

sondern beschreibt die Gedanken eines Idealisten, der sich um seine Heimat sorgt. Er verwendet eine leicht verständliche Sprache und verliert sich nicht in verklausulierten Phrasen. Neben scharfer Kritik an bestehenden Zuständen bietet Fan oft auch konkrete Verbesserungsvorschläge an. Beispielsweise sieht er außenpolitische Nichteinmischung als Weg der Zukunft und stellt die Notwendigkeit der Bezeichnung „Staat“ infrage. Seine Themen sind breit gefächert: Natürlich geht es um die ECFA, die beiden großen Parteien und die bilateralen Beziehungen, weiterhin um die überbordende Bürokratie, das Wirtschaftssystem und die „eingetopten“ (S. 87) Ureinwohner. Aber auch Ernährung, Volksmusik, der Elektroausrüster Foxconn und die allgegenwärtigen 7/11-Filialen werden angesprochen.

Etwas hinkend mögen dem europäischen Leser manchmal die Vergleiche anmuten, die Fan in vielleicht typisch (?) taiwanischem Stil heranzieht. Da ist von China und Taiwan als Mutter und Kind oder als Großkonzern und Direktverkäufer die Rede, weiterhin von der DPP als Großmacht und Taiwan als Zwerg, der ECFA als Essensplan und der taiwanischen Bevölkerung als Leoparden. Doch dienen diese Vergleiche dazu, komplizierte Sachverhalte verständlicher und in knappen Worten fassbar zu machen, schließlich waren die Texte ursprünglich für ein Zeitungspublikum bestimmt.

Die Übersetzung liest sich angenehm flüssig, da Fußnoten auf ein erträgliches Maß reduziert wurden. Es handelt sich um politische Texte, die sich auch Sinologen oft nicht ohne Erklärung erschließen – dafür gibt es dem Haupttext vorangestellte Bemerkungen, die sehr hilfreich sind. Anspielungen und Zitate, die nur unterstreichenden Charakter hatten, wurden in Absprache mit dem Autor ganz gestrichen.

Satz und Layout des Bandes lassen leider etwas zu wünschen übrig: Der Leser stolpert über falsche Trennungen, fehlende Leerzeichen oder plötzliche Schriftartwechsel. Dass oftmals zu den chinesischen Zeichen keine

Umschrift gegeben wird, mag am Zielpublikum liegen, das wohl vor allem aus Sinologen besteht. Aber auch allen anderen, die sich für Taiwan interessieren, sei der Band ans Herz gelegt, denn insgesamt handelt es sich um ein aufschlussreiches Buch, das durch seine präzisen Beobachtungen der aktuellen politischen Entwicklungen das Verständnis Taiwans vertiefen kann. Die Leitfrage, wem Taiwan gehöre, beantwortet Fan am Ende so: Taiwan gehört der ganzen Welt und hat durchaus das Potenzial, deren Zukunft positiv zu beeinflussen.

Katharina Markgraf

**Phoebe Stella Holdgrün:
Gender equality. Implementierungs-
strategien in japanischen Präfekturen**

München: Iudicium, 2013. 390 S.,
EUR 47,00

Japan zählt zu den konservativen liberalen Demokratien. Gesellschaft und Politik sind in ihren Geschlechterverhältnissen ausgeprägt patriarchal strukturiert und die Elitenrekrutierung in Politik, Wirtschaft und Verwaltung verläuft patrilineal, gar patrimonial. Nach dem Demokratiebarometer des NCCR Democracy der Universität Zürich und des WZB mindern etwa ein geringer Parteienwettbewerb, eine eingeschränkte Öffentlichkeit sowie ein nach sozialer Herkunft und Geschlecht eingeschränkter Zugang zu politischer Partizipation und Repräsentation die Qualität der Demokratie.

Dennoch lässt sich beobachten, dass in Japan seit der ersten Weltfrauenkonferenz von 1975 die Frauenbewegung ihren Druck auf die Politik erhöhen konnte. Das zeigt sich unter anderem am „Rahmengesetz für eine Gesellschaft der gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen“ (danjo kyodo sankaku, kurz: DKS) von 1999, das Phoebe Stella Holdgrün als „vorläufige[n] Höhepunkt“ in der Gleichstellungspolitik bezeichnet (S. 13). Sie unterzieht die Gleichstellungspolitik nach der DKS-Gesetzgebung

in ihrer Studie einer Politikfeldanalyse und fragt, wie erfolgreich das nationale DKS-Rahmengesetz auf Präfektur-Ebene in regionale Aktionsprogramme umgesetzt wurde, ob eigene Akzente dabei gesetzt wurden und ob sich eine Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik erkennen lässt. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Implementierung des DKS-Rahmengesetzes im Zuge der Dezentralisierungsreformen der staatlichen Ordnung Japans stattfindet. Damit rückt der regionale Handlungsspielraum der 47 Präfekturen im (noch) zentristischen Staat im Policy-making-Prozess in das Zentrum des Erkenntnisinteresses.

Der Policy-cycle-Prozess sowie das Handeln von Akteurinnen und Akteuren im institutionellen Gefüge von Präfekturen in der Gleichstellungspolitik werden in zwei Regionen exemplarisch untersucht und anhand einer breitangelegten Dokumentenanalyse und Auswertung nationaler Statistiken an die Gesamtsituation in Japan rückgebunden. Mit den Präfekturen Nagasaki und Shiga sind zwei kontrastierende Fälle ausgewählt, die sich darin unterscheiden, welche Chancen sie Frauen gewähren, an Entscheidungsprozessen in Politik und Wirtschaft sowie an gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung und Erwerbsarbeit teilzuhaben. Nach dem Gender Empowerment Measure-Index (GEM) bildet Nagasaki in den Jahren 2005 bis 2007 das „Schlusslicht unter den japanischen Präfekturen“ (S. 65), während Shiga in dieser Zeit kontinuierlich einen der vorderen Plätze im GEM-Ranking einnehmen konnte. Politisch-kulturell kann Nagasaki als besonders traditionell und konservativ eingeordnet werden und Shiga als eher fortschrittlich (S. 67). Demnach wäre nicht überraschend, wenn eine Gleichstellungspolitik in Nagasaki weniger enthusiastisch verfolgt würde als in Shiga.

Die Dokumentenanalyse, die insgesamt 37 Experteninterviews und die Beobachtung von Veranstaltungen im Rahmen der DKS-Aktionen vor Ort zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild. Die regionalen und lokalen

DKS-Rahmenpläne zur Gleichstellungspolitik unterscheiden sich zunächst kaum voneinander. Die Präfekturen orientieren sich vorrangig an den geforderten Mindeststandards des nationalen DKS-Rahmengesetzes. Auffallend ist, dass in beiden Präfekturen keine gezielten Maßnahmen für verbesserte Zugangschancen von Frauen zu politischer Partizipation, Repräsentation und vor allem zu politischen Machtpositionen geplant wurden. Solche waren politisch nicht gewollt. Die Gleichstellungsmaßnahmen konzentrierten sich vornehmlich auf die Administration, auf die Beratungs- und Kontrollgremien (shingikai) im Rahmen der DKS-Strategien sowie auf die Infrastruktur für Frauenorganisationen vor Ort. Nach Holdgrüns Befunden bleibt zum einen der Handlungsspielraum der Präfekturen und ihrer Kommunen durch die halbherzigen und auch umstrittenen Dezentralisierungsreformen begrenzt. Eine relativ geringe finanzielle Ressourcenausstattung der regionalen Politikebene gehört zu den kritisierten Defiziten. Auf der anderen Seite gehört die Gleichstellungspolitik nicht zu den Politikfeldern, denen eine hohe politische Priorität eingeräumt wird. So sind gleichstellungspolitische Erfolge nur rudimentär auf DKS-Programme zurückzuführen. Für Shiga konnte Holdgrün rekonstruieren, dass aktive Frauengruppen, soziale Bewegungen mit hohem (Haus-)Frauenanteil sowie ein bereits bestehendes regionales Frauenzentrum dazu geführt haben, DKS-Strategien Wirkkraft zu verleihen. Die Autorin sieht im policy sponsoring ebenfalls einen positiven, wenn auch nicht zwingend nachhaltigen Effekt: „Die Strategie Kunimatsus [ehemaliger Gouverneur und policy sponsor der DKS-Strategien, U.B.] war nicht dauerhaft erfolgreich, da das [...] policy sponsoring nach dem Machtwechsel an der Präfekturspitze nicht weiter anhielt. Einerseits sticht Shiga bei dem Thema ‚Frauenpartizipation‘ weiterhin hervor [...]. Andererseits sind die Handlungsorientierungen der neuen Präfekturregierung von anderen Prioritäten bestimmt. Hier zeigt sich exemplarisch, dass das Geschlecht eines

individuellen Akteurs nicht automatisch die progressive Unterstützung von Gleichstellungspolitik verheißt“ (S. 259).

Mit ihrem Buch hat Holdgrün eine empirische Studie vorgelegt, die tiefe Einblicke in die politische Praxis in der Mehrebenenpolitik Japans gewährt. Die Untersuchung liefert Auskunft über die dezentrale Implementierung nationalstaatlich formulierter (Gleichstellungs-)Politik über die ausgewählten Präfekturen hinaus und lässt Rückschlüsse auf Policy-cycle-Prozesse und Akteurshandeln in der dezentralisierten und dennoch zentristischen staatlichen Ordnung Japans zu. Für Interessierte aus der Japanologie und Politikwissenschaft sind vor allem die Kapitel spannend, in denen die politische Praxis, die Einstellungen und das widerstrebende politische Handeln wirklichkeitsnah und lebendig beschrieben und analysiert werden.

Die Untersuchung ist methodisch und konzeptionell sauber durchgeführt, wirkt aber dennoch mit Blick auf das Erkenntnisziel etwas unentschieden. Richtet sich dieses auf die politische Praxis in der Mehrebenenpolitik Japans oder auf die Kultur und Struktur der Geschlechterverhältnisse und gleichstellungspolitische Interventionen?

Trotz dieser Unentschiedenheit in der Anlage der Untersuchung ist die Studie eine aufschlussreiche Untersuchung der Verfassungswirklichkeit und der Gleichstellungspolitik in Japan und damit sehr empfehlenswert.

Ursula Birsl

Andrei Dörre:

Naturressourcennutzung im Kontext struktureller Unsicherheiten. Eine Politische Ökologie der Weideländer Kirgisisstans in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche

Stuttgart: Franz Steiner, 2014. 416 S., EUR 64,00

Die vorliegende Studie untersucht umweltbezogene Herausforderungen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und historischen Entstehung durch eine akteurszentrierte Mehrebenenanalyse (S. 139) am Beispiel der Weidelandschaftsnutzung in der postsowjetischen Transformationsgesellschaft Kirgisisstans. Es werden Genese, Ursache und Wirkungszusammenhänge mittels eines Fallbeispiels der Nusswaldregion *rajon Bazar Korgon* analysiert und dabei sowohl auf postsowjetische strukturelle Unsicherheiten als auch auf historische Vorbedingungen der vorsozialistischen (russische Kolonialisierung) und der sozialistischen Epoche (UdSSR) Bezug genommen.

Weiden haben eine auf die Volkswirtschaft und lokale Bevölkerung bezogene ökonomische und eine raumübergreifende ökologische Funktion. Ungleiche und ungerechte Ressourcenallokation zwischen den Menschen schüren soziale Konflikte und verursachen gleichzeitig ökologischen Schaden im Sinne der Zerstörung der ökologischen Regenerationskapazitäten und der Verschärfung der Ressourcenknappheit. Daher sind die in der pastoralwirtschaftlichen Inwertsetzung von Graslandressourcen auftretenden Herausforderungen als sozio-ökologische Krisenphänomene zu verstehen (S. 43). Diese sozio-ökologischen Weidelandprobleme können jedoch nicht alleine aus den Aktivitäten lokaler Nutzer erklärt werden, vielmehr üben historische Vorgaben, aktuelle sozio-ökonomische Rahmenbedingungen, formelle und informelle Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie der Entscheidungsfindung und Implementierungsprobleme starke Wirkungen auf Kon-